

INTERVIEW

„Zu nah am Krieg der USA“

Peter Gauweiler über den deutschen Afghanistaneinsatz, den Raketenstreit und die Große Koalition

Für die deutschen Truppen wird die Lage in Afghanistan immer prekärer. Wir sprachen darüber mit dem CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler, der zu den Kritikern der ersten Stunde dieses Einsatzes gehört.

■ *In einer Analyse des Außenministeriums wird vor weiteren Anschlägen auf die Bundeswehr in Afghanistan gewarnt. Zudem ist von einem verstärkten Einsickern von Selbstmord-Attentätern die Rede. Wie stufen Sie die Lage ein?*

Das bestätigt die These von der Irakisierung des Afghanistan-Krieges.

■ *Was muss geschehen?*

Eine Gesamtstrategie muss die Bedingungen der Region und vor Ort widerspiegeln. Also: Man muss mit dem Gegner reden. Einen anderen Weg aus diesem Dilemma heraus gibt es nicht. Erste Ansätze sind endlich erkennbar: Etwa das Treffen eines US-Bevollmächtigten vor zwei Wochen mit einem Vertreter Teherans in Bagdad. Und die Wiederaufnahme der Kontakte Israels mit Syrien.

■ *SPD-Chef Beck hat gesagt, man müsse auch mit den Taliban reden, und ist dafür hart attackiert worden.*

Er hat sogar nur gesagt, man müsse mit „gemäßigten Taliban“ reden, wenn es so etwas gibt. Wenn wir wirklich etwas dagegen tun wollen, dass dieser Hexenkesel überschwappt, muss die deutsche Politik mit allen Konfliktparteien eine Gesprächsverbindung herstellen.

■ *Viele Afghanen sehen ihr Land heute nicht befreit, sondern besetzt.*

Größer als die militärische Problematik ist der Ansehensverlust des Westens. Was auch

damit zusammenhängt, dass der Afghanistan-Krieg von dem völkerrechtswidrigen Überfall auf den Irak beziehungsweise auf seine arme Bevölkerung kontaminiert ist.

■ *In Afghanistan war die Ausgangslage anders...*

Richtig. Die Intervention sollte ja den Menschenrechten dienen und der Beseitigung eines Systems, das am Angriff auf die USA im Jahr 2001 beteiligt war. Nun werden aber gerade aus Afghanistan in regelmäßigen Abständen schwere völkerrechtliche Verbrechen und Bombardements gegen die Bevölkerung bekannt. Ich will nicht, dass deutsche Soldaten tot oder verstümmelt von dort zurück-

kommen – ich will aber auch nicht, dass deutsche Soldaten Fotos aus der Luft anfertigen, mit deren Hilfe von der US-Airforce Dorfgemeinschaften bombardiert werden könnten.

■ *Hat sich die deutsche Position verändert?*

Durch die Tornado-Entscheidung sind wir von einer mehr defensiven Position, die die deutsche Regierung eingenommen hatte, zu nah an die Kriegsführung der Amerikaner herangekommen, die sich dabei von uns kaum – manchen sagen überhaupt nicht – beeinflussen lassen. Deshalb bin ich froh, dass das Bundesverfassungsgericht die dem Einsatz zugrunde liegenden Beschlüsse des Bundestags prüft.

■ *Stört es Sie, dass wichtige Fragen von der Linkspartei gekommen sind?*

Aus den Gesprächen von Franz Josef Strauß mit Deng Xiaoping stammt das Wort: Es ist egal, ob die Katze schwarz oder grau ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse.

■ *Stimmen Sie der Kritik Lafontaines an der Bundesregierung zu?*

Was Merkel und Steinmeier getan haben, kann man nicht mit den Aktivitäten von Bush und Blair vergleichen. Es ist doch offenkundig, dass Berlin mäßigend auf Washington einwirkt und versucht, die Amerikaner an den Verhandlungstisch zu bringen.

■ *Was muss geschehen?*

Der Krieg in Afghanistan ist derzeit immer noch Teil einer ideologischen Auseinandersetzung innerhalb des Islams und zwischen dem radikalen Islam und dem Westen. Wir stehen vor der Alternative, dass dieser Krieg mit dem Irakkrieg und dem Nahost-Konflikt sich zu einem Krieg von 700 Millionen Europäern und Nordamerikanern gegen 1,4 Milliarden Muslime entwickelt – wenn wir nicht das radikale Gegenteil von Krieg nicht nur denken, sondern auch tun.

■ *Im Herbst wird über die Verlängerung des Bundeswehr-Mandats entschieden...*

Ja, die Front bröckelt in allen Parteien. In den beiden Volksparteien fängt man so langsam an, sich den eigenen Wählern wieder anzunähern. Mehr als die Hälfte der Unionswähler lehnt den Tornado-Einsatz in Afghanistan ab, bei der SPD sind es noch mehr.

■ *Das Problem ist länderübergreifend, kann also nicht nur in einem islamischen Land gelöst werden.*

Es ist meine Überzeugung, dass man zu einem auf Dauer haltbaren Zustand nur kommen wird, wenn sich die großen Religionsführer, die Spitzen von Christentum und Islam, mit ihren ganz anderen Möglichkeiten, mit ihrer ganz anderen moralischen Autorität im Gespräch annähern.

■ *Ein Spagat zwischen Berlin und Amerika ist auch im Raketenstreit der*

Münchener Merkur / 12.06.2007

USA mit Russland erforderlich. Haben sie ein Stück weit Verständnis für die Haltung des Kreml?

Ja. Man kann doch das Russland von heute nicht mit dem Ostblock von Stalin, Chruschtschow oder Breschnew vergleichen. Dort hat ein politisches Erdbeben mit einer beispiellosen Modernisierung stattgefunden. Und auch die private Entwicklung ist gravierend hin zu mehr Freiheit gegangen. Auf der anderen Seite gehen die USA bedauerlicher Weise in eine entgegengesetzte Richtung. In den 80er-Jahren wäre eine „juristische“ Diskussion darüber, wann man wem bei einem Verhör den Kopf in einen Eimer Wasser drücken kann, undenkbar gewesen. Nochmal: Das heutige Russland muss politisch völlig anders gesehen werden als die gulagische Sowjetunion.

Im Mittelpunkt der Raketen-debatte steht die Bedrohung durch den Iran!

Mag sein. Aber was würde das amtliche Washington sagen, wenn etwa die französische Republik wegen einer möglichen Bedrohung aus Nordkorea Abwehrraketen in Mexiko oder Venezuela aufstellen wollte?

Haben Sie mehr Zutrauen in die russische als in die US-Politik?

Nicht weniger. Jedenfalls derzeit.

Verhält sich die Bundesregierung in diesem Konflikt geschickt?

Ja, das muss man sagen, sehr geschickt. Sie verhält sich gegenüber den USA offen und unverkrampft, übt aber auch Kritik, ohne dass es (wie unter Rot-Grün) zur Vereisung und Sprachlosigkeit kommt. Man sieht das auch an den diesbezüglichen Erfolgen, die Kanzlerin Merkel beim G-8-Gipfel einfahren konnte. Natürlich ist dieses Ergebnis auch ein Erfolg der Außenpolitik der Großen Koalition.

Loben Sie die vielbeschimpfte Große Koalition?

Die Große Koalition ist besser als ihr Ruf. Wir haben jetzt noch nicht einmal die Hälfte der Legislaturperiode hinter uns, und was von der Regierung in dieser Zeit geleistet wurde, kann sich auch vom Ergebnis her sehen lassen. Das geht von der als unlösbar angesehenen Aufgabe, die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern durch eine

Verfassungsreform neu zu regeln über die Neuregelung des Rentenalters bis hin zur Gesundheitsreform, die auch besser ist als ihr Ruf. Hinzu kommen die positive Entwicklung bei den Staatsfinanzen und die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Ich bin dafür, dass die Große Koalition fortgesetzt wird.

Kanzlerin Merkel ist innerhalb von eineinhalb Jahren zu einer Führungsfigur in Europa aufgestiegen. Hängt das auch damit zusammen, dass 70 Prozent der Wähler hinter ihr stehen?

Ja natürlich. Und weil sie als Kanzlerin einer Großen Koalition nicht 90 Prozent ihrer Zeit darauf verwenden muss, Attacken der anderen Seite abzuwehren – oder sich selbst solche auszudenken. Die Große Koalition ermöglicht in Berlin ein besseres Regieren. Das gilt auch für die SPD-Spitzenleute in der Regierung wie Außenminister Steinmeier oder Finanzminister Steinbrück. Die für das ganze Land erzielten Erfolge dürfen nicht durch wechselseitig übertriebene Parteilichkeit abgewertet werden.

Aufgezeichnet von

Werner Menner